Überörtliche Prüfung der Zahlungsabwicklung der Stadt Eschweiler durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA NRW) im Jahr 2016
Stellungnahme zu den Empfehlungen der GPA NRW

Empfehlung der GPA NRW	Stellungnahme der Verwaltung
<p>→ Empfehlung (S. 5):</p> <p>Die Stadt Eschweiler sollte die Anzahl der Girokonten reduzieren.</p>	<p>Seitens der Verwaltung wird in regelmäßigen Zeitabständen überprüft, ob die Nutzung der vorhandenen Girokonten durch den Bürger noch in einem Umfang stattfindet, der eine Aufrechterhaltung der einzelnen Konten rechtfertigt. In der Vergangenheit wurden daher bereits Konten gekündigt. Die Anzahl der Girokonten wird regelmäßig hinterfragt und ist aktuell durch den Nutzungsgrad der Bürger gerechtfertigt.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 6):</p> <p>Die vorhandenen Dienstanweisungen sollten aktualisiert bzw. ergänzt werden.</p>	<p>Die Zahlungsabwicklung verfügt über die nachfolgend aufgeführten Dienstanweisungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dienstanweisung über die Zahlungsabwicklung - Dienstanweisung für Vollziehungsbeamte der Stadt Eschweiler - Dienstanweisung über dezentrale Aufgaben der Zahlungsabwicklung - Dienstanweisung für die Verwaltung und Entleerung der Parkscheinautomaten in der Stadt Eschweiler - Dienstanweisung für die Führung der Kassensysteme in den städt. Bädern Dürwiß und Jahnstraße - Dienstanweisung für Barauszahlung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz <p>Die Dienstanweisung über die Zahlungsabwicklung wird zurzeit aktualisiert bzw. ergänzt, die weiteren Dienstanweisungen werden sukzessive in 2017 überarbeitet.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 7):</p> <p>Die Stadt Eschweiler sollte ein Berechtigungskonzept für die Finanzsoftware erstellen.</p>	<p>Die Berechtigungsstruktur der eingesetzten Finanzsoftware newsystem 7 basiert auf vordefinierten Rollen- bzw. Benutzerprofilen. Diesen Benutzerprofilen werden die Benutzer entsprechend der übertragenen Aufgaben zugeordnet. Berechtigungseinrichtungen oder -änderungen erfolgen gemäß der Dienstanweisung für die elektronische Datenverarbeitung zentral durch die Abteilung 103/ Techni-</p>

	<p>scher Service auf schriftlichen Antrag der zuständigen Amtsleitung.</p> <p>Die Mindestanforderungen an die örtlichen Regelungen über den Einsatz von automatisierter Datenverarbeitung in der Finanzbuchhaltung mit der Festlegung über die Berechtigungen im Verfahren entsprechend § 31 GemHVO NRW sind erfüllt.</p> <p>Es ist jedoch vorgesehen, auf Basis von veröffentlichten Empfehlungen zur Gestaltung einer Berechtigungsverwaltung ein Berechtigungskonzept für die Finanzsoftware zu erstellen.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 7):</p> <p>Die Stadt Eschweiler sollte jährlich eine Inventur des Verwahrgelegtes durchführen und dieses Erfordernis in die Dienstanweisung mit aufnehmen.</p>	<p>Die Zahlungsabwicklung wird künftig einmal jährlich eine Inventur des Verwahrgelegtes vornehmen und dies in der Dienstanweisung über die Zahlungsabwicklung festschreiben.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 7):</p> <p>Aufrechnungen sollten der Vollständigkeit halber mit in die Dienstanweisung Zahlungsabwicklung aufgenommen werden, insbesondere Voraussetzungen, interne Arbeitsschritte und Zuständigkeiten.</p>	<p>Im Zuge der Aktualisierung der Dienstanweisungen wird diese Thematik entsprechend berücksichtigt.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 7):</p> <p>Bei der Vollstreckung sollte der Grundsatz Innendienst vor Außendienst gelten.</p>	<p>Zu Beginn des Jahres wurde testweise versucht, sämtliche eigenen Forderungen vorrangig durch den Innendienst betreiben zu lassen. Da die Anzahl der Fälle jedoch von den vorhandenen Personalkapazitäten nicht bewältigt werden konnte, wird nunmehr eine Differenzierung nach Forderungshöhe vorgenommen. Für rückständige Forderungen ab 400 € erfolgt eine konsequente Beauftragung des Innendienstes vor dem Außendienst.</p> <p>Aufgrund der insgesamt positiven Entwicklung der Fallzahlen in der Vollstreckung ist davon auszugehen, dass mittelfristig die bestehenden Vollstreckungsforderungen überwiegend durch den Innendienst begetrieben werden können.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 8):</p> <p>Die Stadt Eschweiler sollte die Möglichkeit der Eintragung in das Schuldnerverzeichnis weiterhin nutzen, diese aber selbst vornehmen und dabei ihr Ermessen ausüben.</p>	<p>Als Vollstreckungsmaßnahme bzw. zur Verschaffung eines Überblicks über das Vermögen des Schuldners kann die Abnahme der Vermögensauskunft beantragt werden. Diese Abnahme erfolgt bisher auf Antrag der Stadt Eschweiler durch einen</p>

	<p>Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts. Sollten die bestehenden Forderungen, aus deren Grund die Vermögensauskunft abgegeben werden soll, nicht getilgt werden, wird über den jeweiligen Gerichtsvollzieher der Eintrag in das Schuldnerverzeichnis vorgenommen. Die rechtliche Grundlage hierzu bildete § 5 a (1) des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW (VwVG NRW). Nach Auffassung der Gemeindeprüfungsanstalt NRW hat die Kommune jedoch selber gem. § 284 Abs. 9 Abgabenordnung im Rahmen einer Ermessenentscheidung den Eintrag in das Schuldnerverzeichnis vorzunehmen.</p> <p>Bislang wurde diese Rechtsauslegung weder von den Gerichtsvollziehern noch den regionsangehörigen Kommunen praktiziert. Aktuell nimmt noch keine Kommune in der Städteregion den Eintrag in das Schuldnerverzeichnis selber vor. Zwischenzeitlich wurde das Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW mit Datum vom 08.07.2016 geändert. § 5 a (1) des VwVG NRW besagt nun, dass die Anordnung der Eintragung des Vollstreckungsschuldners in das Schuldnerverzeichnis in jedem Fall durch die Vollstreckungsbehörde nach § 284 der Abgabenordnung zu erfolgen hat.</p> <p>Die Stadt Eschweiler schafft derzeit die Rahmenbedingungen, um die Eintragungsanordnung kurzfristig selber vorzunehmen und damit den rechtlichen Vorgaben gerecht zu werden.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 8):</p> <p>Die Stadt Eschweiler sollte Regelungen zur wirtschaftlichen Beitreibung von Vollstreckungsforderungen schriftlich dokumentieren.</p>	<p>Aktuell existiert eine schriftliche Regelung diesbezüglich zwar nicht, gleichwohl wurde und wird die wirtschaftliche Beitreibung von Vollstreckungsforderungen im Rahmen des Forderungsmanagements ständig und nachhaltig optimiert. Dies ist an der positiven Entwicklung der Fallzahlen zu erkennen.</p> <p>Im Rahmen der Überarbeitung der Dienstanweisungen ist vorgesehen, auch entsprechende schriftliche Regelungen zu fixieren, wobei eine Flexibilität erhalten bleiben soll.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 9):</p> <p>Es sollte zeitnah ein kennzahlengestütztes Berichtswesen für das Forderungsmanagement aufgebaut werden, dass die Effizienz der Maßnahmen in der Zahlungsabwicklung und Vollstreckung transparent macht.</p>	<p>Aktuell wird die regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung der Fallzahlen ausschließlich von der Abteilungsleitung gesteuert.</p> <p>Mittelfristig ist der Aufbau eines kennzahlengestütz-</p>

	<p>ten Berichtswesens vorgesehen, wobei hier insbesondere die systemseitig zur Verfügung stehenden Auswertungsmöglichkeiten zu berücksichtigen sind.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 11):</p> <p>Die Stadt Eschweiler sollte beim zuständigen Rechenzentrum eine Lösung für die programmbedingten Probleme bei Nichterkennen des Kassenzzeichens einfordern.</p>	<p>Die Quote der automatisch zugeordneten Belege wurde mittlerweile durch entsprechende Anpassung von 40 % auf rd. 60 % erhöht. Weitere Maßnahmen zur Optimierung werden z.Zt. geprüft und ggfs. eingeleitet. Ziel ist es, nahezu alle Belege automatisiert verbuchen zu können. Auf Grund von gänzlich fehlenden oder falschen Angabe beim Verwendungszweck durch den Einzahler wird ein Restbestand an manuell zu verbuchenden Bankbelegen unvermeidbar bleiben.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 12):</p> <p>Die Stadt Eschweiler sollte die Anzahl der Mahnläufe erhöhen.</p>	<p>Der Mahnlauf wird regelmäßig am Anfang der zweiten Kalenderwoche für den Vormonat durchgeführt. Wenn der Zeitablauf hier gestrafft wird und im zweiwöchigen Rhythmus gemahnt wird, kann es durchaus vorkommen, dass Forderungen bereits einen Tag nach Ablauf der Fälligkeit gemahnt werden. Bei dieser Verfahrensweise würde es erfahrungsgemäß zu Überschneidungen zwischen dem Versand der Mahnung und der Zahlung durch den Zahlungspflichtigen kommen. Dies hätte zur Folge, dass entstandene Gebühren (Mahngebühren, ggfs. Säumniszuschläge) zu stornieren sind. Neben dem daraus resultierenden Arbeitsaufwand wären Unzufriedenheit beim Zahlungspflichtigen bzw. entsprechende „Konfliktgespräche“ vermehrt zu erwarten.</p> <p>Insofern wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, die bisherige bewährte Verfahrensweise beizubehalten.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 12):</p> <p>Die Stadt Eschweiler sollte prüfen, ob die Ankündigung einer Vollstreckung zielführend ist. Hier gilt es sowohl den Arbeitsaufwand als auch die Erfolgsquote der Ankündigung zu berücksichtigen.</p>	<p>Bei einer Vollstreckungsvorankündigung handelt es sich um eine Zahlungsaufforderung, welche nach der (erfolglosen) Mahnung vor der Einleitung von Vollstreckungsmaßnahmen an den Schuldner verschickt wird. In dieser Ankündigung wird der Schuldner ausdrücklich auf die schwerwiegenden Folgen, die bestimmte Vollstreckungshandlungen wie z.B. die Abnahme der Vermögensauskunft, Eintragung einer Sicherungshypothek bis hin zur Zwangsversteigerung mit sich bringen, hingewiesen.</p> <p>Im Jahr 2013 wurde das Instrument der Vollstreckungsvorankündigung erstmals testweise einge-</p>

	<p>setzt. Die Erfolgsquote, d.h. Erledigung durch Zahlung oder Vereinbarung einer Stundung, war überdurchschnittlich hoch, sodass seit dem Zeitpunkt das Instrument der Vollstreckungsvorankündigung regelmäßig genutzt wird. Bei Schuldnern die wiederholt in Verzug geraten, werden ohne vorherige Ankündigung Vollstreckungsmaßnahmen eingeleitet.</p> <p>Der Arbeitsaufwand im Hinblick auf die Erfolgsquote wird demnach von Fall zu Fall hinterfragt und ist bislang gerechtfertigt. Die Verfahrensweise sollte von daher nicht verändert werden.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 15):</p> <p>Die Stadt Eschweiler sollte sicherstellen, dass die Säumniszuschläge bei allen Vollstreckungsforderungen tagesgenau weiterberechnet werden.</p>	<p>Die Berechnung der Säumniszuschläge wird über die eingesetzte Software Infoma gesteuert. Bei jeder Maßnahme (Schriftverkehr und Pfändungsmaßnahmen), die über das Vollstreckungsprogramm erzeugt wird, erfolgt automatisch die Berechnung der Säumniszuschläge und wird als Nebenforderung hinzugerechnet.</p> <p>Auf Grund der Empfehlung der GPA wurden die Einstellungen nochmals überprüft.</p>
<p>→ Empfehlung (S. 15):</p> <p>Die Stadt Eschweiler sollte die Möglichkeit der Reform der Sachaufklärung nutzen und damit die Amtshilfeersuchen reduzieren.</p>	<p>In der Sitzung des Stadtrates am 27.04.2016 wurde mit Vorlage 092/16 berichtet, dass seit Juli 2015 Forderungen soweit als möglich durch den eigenen Vollstreckungsdienst begetrieben werden. Diese Vorgehensweise sichert eine effizientere und vor allen Dingen zeitnahe Vollstreckung der Forderungen. Die Umsetzung dieser Maßnahme konnte nach entsprechender personeller Verstärkung erfolgen.</p> <p>Von daher wird der Empfehlung der GPA bereits gefolgt. Da sich die Datenerhebung der GPA auf das Jahr 2014 bezieht, kann dies in den leistungsbezogenen Kennzahlen der GPA noch nicht ablesbar sein.</p>